



Stellungnahme

des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages, warum christlichen Gruppen mit judenmissionarischer Intention und Praxis keine aktive Teilnahme an Kirchentagen gewährt werden kann

Das Präsidium des Kirchentages hat sich 1999 eine Erklärung des Rates EKD zu eigen gemacht, in der das besondere Verhältnis der Kirche zum Judentum festgehalten wurde. Ähnliches haben die meisten Landeskirchen in ihre Grundordnungen eingeschrieben. Das Präsidium hat sich aufgrund des hohen Stellenwertes des christlich-jüdischen Dialoges entschlossen, eine eigene Stellungnahme im Sinne des 1999 gefassten Beschlusses zu verabschieden.

1. Gott, wie er in der Bibel bezeugt und im christlichen Glauben bekannt wird, ist als Schöpfer der Gott aller Welt; aber er ist kein Allergott, sondern dezidiert Gott Israels.

Das besondere Verhältnis der Kirche zum Judentum ist theologisch begründet im biblischen Zeugnis von der Einheit Gottes. Der Vater Jesu Christi ist kein anderer als der Gott Israels, "der treue Gott, der den Bund und die Barmherzigkeit hält" (5. Mose 7,9). Gott hat Israel zu seinem Volk erwählt und die Juden zu seinen Zeugen in der Welt gemacht. Auch nach dem Neuen Testament bleibt Gott der Gott Israels (Mt 15,31; Lk 1,68; Apg 13,17) und bleiben auch die nicht an Jesus glaubenden Jüdinnen und Juden Gottes Volk Israel. Ihnen gehören nach Römer 9,4 "die Kindschaft, die Herrlichkeit, die Bundesschlüsse, die Gabe der Tora, der Gottesdienst und die Verheißungen".

Als Christinnen und Christen glauben wir an Gott als den Gott Israels in seiner bleibenden Verbundenheit mit dem Volk Israel. So sind wir bleibend an das jüdische Zeugnis von Gott und an einen christlich-jüdischen Dialog auf Augenhöhe gewiesen. Wir können und wollen Jüdinnen und Juden nicht missionieren.

2. Der Umstand, dass nach dem Neuen Testament Juden, die an Jesus als Messias glaubten, für diesen Glauben unter ihren Landsleuten warben, bedeutet für die heutigen christlichen Kirchen aus der Völkerwelt keineswegs eine Verpflichtung zur "Judenmission".

Abgesehen davon, dass sich im Neuen Testament keine Spur davon findet, nichtjüdische Messiasgläubige hätten missionarisch gegenüber Juden gewirkt, übersieht die im Leitsatz abgewiesene Folgerung einen fundamentalen Unterschied zwischen unserer Zeit und der des 1. Jahrhunderts. Wer als Jude oder Jüdin damals zum Glauben an Jesus als Messias kam, hat das nicht als Konversion von einer Religion zu einer anderen erfahren, weil es "das Christentum" als Religion im Gegenüber zum Judentum noch gar nicht gab, sondern blieb dem eigenen Selbstverständnis nach jüdisch. Erst später entwickelte sich ein Gegenüber von Judentum und Christentum als unterschiedlichen Religionen. Das Bekenntnis des christlichen Glaubens, dass Jesus für alle gestorben ist, darf nicht die Folgerung haben, Jüdinnen und Juden fehle etwas zum Heil, wenn sie dieses Bekenntnis nicht teilen.

3. Faktisch erfolgende Konversionen sind keine Argumente für Mission.

Es gibt Konversionen – hinüber und herüber. Sie sind als persönliche Lebensentscheidungen zu respektieren. Aber sie sind keine Argumente, weder in die eine noch in die andere Richtung. Dass einige Jüdinnen und Juden sich messianisch-jüdischen Gemeinden oder Gruppen anschließen und Jesus als Messias anerkennen, ist ebenso wenig ein Argument für die Defizienz des Judentums wie christliche Konversionen zum Judentum Ausdruck einer Defizienz des Christentums sind. Auch dürfen Konversionen nicht als heilsgeschichtliche Belege verstanden werden; das hieße, die Lebensentscheidungen von Menschen für eigene religiöse Selbstvergewisserung zu missbrauchen.

4. Der Kirchentag bleibt dem jüdisch-christlichen Dialog verpflichtet.

Die seit über 50 Jahren bestehende Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag und die in ihrem Rahmen in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend erfolgende Beteiligung jüdischer Gemeinden am Programm der Kirchentage zeigen, dass unter Respektierung der jeweiligen, auch gegensätzlichen Überzeugungen ein neues Miteinander von Christen und Juden möglich ist. Dieser Respekt bedarf der Arbeit an der Überwindung eines christlichen "Vormundchaftsanspruch[s]" gegenüber Jüdinnen

und Juden (EKD: Christen und Juden III, 2000), wie er sich in einer langen und unseligen Geschichte des christlichen Antijudaismus ausgeprägt und sich insbesondere in christlich-judenmissionarischen Aktivitäten manifestiert hat. Diesem Respekt und dem durch ihn getragenen jüdisch-christlichen Dialog wissen wir uns bleibend verpflichtet.

Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages am 1. Februar 2014